

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P. H. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgealtene Zeitspaltene kostet 15 Pfennig, die Kellameize 30 Pfennig.

Amts-Bezirks-Anzeiger

für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehntz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Anschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Anschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Alleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder

No. 121.

Birkenwerder, Dienstag, den 8. Dezember 1908

7. Jahrg.

Unter Hinweis auf die §§ 9 und 35 des Urhebergesetzes ist der Nachdruck unserer Originalartikel verboten.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder der **Wegekommission** laden zu einer Sitzung auf

Mittwoch, den 9. Dezember cr., nachmittags 5 Uhr nach dem Lokale von Brauer hierdurch ergeben ein.

Tagesordnung:

1. Befestigung des Borgsdorf-Hohen-Neuendorfer Weges.
2. Bau einer Brücke über die Gabel bei Hohenhöppling.
3. Befestigung der Straße 11.
4. Baugesuch für das Grundstück Friedens-Allee 18.
5. Abbruch der Mauer vor dem Pfarrhause.
6. Erstattung von Kosten für Herstellung eines Bürgersteiges.
7. Festgestellte Mängel bei der Pflasterung der Bergfelderstraße.
8. Erhebung eines Beitrages von den Anliegern der Straße am Kirchplatz zur Deckung der Kosten für die Pflasterung dieser Straße.
9. Befestigung des Mülls, der Abwässer und der Abfallstoffe von den Hausgrundstücken.
10. Bebauung der Flora-Allee.
11. Pflasterung der Straßen.
12. Antrag des Grundbesitzervereins wegen Abgabe von Befestigungsmaterial für die Bürgersteige an die Grundstücksbesitzer.

Birkenwerder, den 6. Dezember 1908.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Diejenigen Hundebesitzer, die mit der Hundesteuer für das 2. Halbjahr noch im Rückstande sind, ersuche ich um umgehende Einzahlung der Steuer.

Birkenwerder, den 7. Dezember 1908.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß das Verzeichnis des am 1. Dezember d. Js. im hiesigen Gemeindebezirk vorhandenen Pferde- und Rindviehbestandes in der Zeit vom 4. bis einschließlich den 17. Dezember d. Js. zur Einsicht bei mir ausliegt. Anträge auf Abänderungen des Verzeichnisses müssen innerhalb dieser Frist bei mir angebracht werden.

Hohen-Neuendorf, den 2. Dezember 1908.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

Die Verfassungsfrage im Reichstag.

Eine große, allgemeine Enttäuschung, eine Illustration des Wortes „viel Geschrei und wenig Wolle“: das war das Ergebnis der zweiwöchigen Verhandlungen über die Anträge zur Lösung der Verantwortlichkeitsfrage. Die „öffentliche Meinung“ hat sich wieder einmal ganz anders fundgegeben, als sie in der liberalen Presse „widerspiegelt“ worden war. Mühte man nach den Zeitungsberichterstattungen nicht glauben, ganz Deutschland sei von einer tiefgreifenden Bewegung ergriffen, um einen legislativ-politischen Akt behufs Feststellung der Kanzlerverantwortlichkeit oder gar Einführung verantwortlicher Reichsminister durchzusetzen? Aber die Reichstagsverhandlungen haben uns eines besseren belehrt. Hinter den freisinnig-sozialdemokratischen Verfassungsanträgen steht nicht das Volk, steht nicht einmal der gesamte Liberalismus. Und den Träumen von parlamentarischen Regime, zu dem diese Aktion den ersten Schritt darstellen sollte, hat nicht nur der nationalliberale Redner, sondern auch der Demokrat v. Papen den Abgesandten geben müssen.

Was dem Reichstag bei seiner ersten Sitzung über die Verfassungsänderungen das Aussehen eines „großen Tages“ gegeben hat, war nicht die angeblich hohe Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes, sondern war die Erwartung weiser Reden, es werde zu sensationellen Vorgängen — Kaiserdebatte, Präsidialentscheidungen oder gar Kanzlerkrisis — kommen. Als man sich in dieser Hinsicht

enttäuscht sah, leerten sich die Tribünen und blieben auch am zweiten Verhandlungstage leer. Ein Beweis, daß die Verfassungsdebatte selbst wirklich nichts, die sogenannte Volksseele Bewegendes an sich hatte. Was wird nun bei den Kommissionsberatungen herauskommen? Voraussichtlich nichts. Der Abg. Dr. Spahn hat in seinem Schlussworte die Lage sehr treffend dahin charakterisiert, daß das Ergebnis der Kommissionsberatungen über die Gesetzentwürfe betr. Verfassungsänderung nichts weiter sein werde, als eine große Blamage.

Die „Königliche Zeitung“ bemerkt noch nachträglich, im Reichstage habe man „vielfach“ die Empfindung gehabt, daß die Erklärungen des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg am Beginn der Verhandlungen ein „verbindliches Entgegenkommen“ bedeutet hätten, und diese Empfindung habe sich durch Beifallsäußerungen befundet. Demgegenüber ist jedoch festzustellen, daß diese Beifallsäußerungen, die aus demonstrativer Natur gewesen zu sein schienen, lediglich von der linken Seite des Hauses ausgegangen waren. Die beiden konservativen Parteien haben sich daran nicht beteiligt, sondern ein eifriges Schweigen beobachtet. Der „Dannoversche Kurier“ rühmt an dem nationalliberalen Redner, Dr. Jund, daß er die Mittellinie richtig gezeichnet habe, auf der allein man zu einem Ziele gelangen könne. Diese berühmte Mittellinie! Sie wird diesmal weniger als je maßgebend werden.

Konservativereits sind nicht nur sämtliche sieben Anträge, sondern ist auch das Verlangen nach Kommissionsberatung folgerichtig abgelehnt worden. Wenn in einzelnen Blättern bemerkt wird, die konservative Fraktion habe die Teilnahme an der Kommissionsberatung abgelehnt, so ist das irrig. Der Pflicht und dem Recht, auch in der Kommission ihre Meinung zu vertreten, wollen die Konservativen nicht entsagen. Irrendliche Zugeständnisse werden sie allerdings nicht machen können. Nach ihrer Ueberzeugung ist die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers in der Verfassung in vollem Umfange festgelegt. Die jetzt gestellten Anträge zielen darauf hin, die Verantwortlichkeit für bestimmte Fälle zu reglementieren. Dem kann die konservative Partei keinesfalls zustimmen; denn das würde zu einer engeren Begrenzung der Verantwortlichkeit führen, als sie jetzt schon verfassungsmäßig vorhanden ist. Die Konservativen aber wollen als monarchische, auf dem Boden der Verfassung stehende Partei die volle Erhaltung der jetzt bestehenden Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Sozialdemokratie, die ja auch wieder den Freisinn zu seiner neuesten Aktion gedrängt hat, ist mit dem Ausgang der Verfassungsdebatte höchst unzufrieden. Ihre Auffassung der liberalen Fraktionsgemeinschaft zu einer parlamentarischen Machtprobe unter Handhabung des Subtextes ist von allen freisinnigen Rednern zurückgewiesen worden. Jetzt suchen die sozialdemokratischen Blätter den Freisinn seinen Zurückweichens zu beschuldigen und den „Muhm“ für den Verantwortlichkeits-Ansturm allein für sich in Anspruch zu nehmen. Das sollte den Linksliberalen endlich einmal darüber die Augen öffnen, daß sie, von der Sozialdemokratie gehoben, in dem Bestreben, „Volksrechte“ zu „verteidigen“, nur für die Unsturzpartei arbeiten und immer den kürzeren ziehen. Was für Hoffnungen von jener Seite an die Verantwortlichkeitsaktion der Linken geknüpft worden sind, kann man aus folgender Auslassung des „Vorwärts“ entnehmen:

„Der Absolutismus ist — so heißt es dort — endlich zusammengebrochen; aber dieser Reichstag ist der Situation nicht gewachsen. Er steht vor der Aufgabe, an Stelle des zerbrochenen Regierungssystems ein neues zu setzen, an Stelle des Scheinsozialismus selbst die Regierung zu übernehmen, aus dem Diener der Bürokratie ihr Gebieter zu werden. Aber in diesen Abgeordneten lebt eine Aechtsgefühln, die unabtätigbar scheint, und nur mit größter Mühe und Anstrengung gelingt es den drängenden Volksmassen, die Herren einen halben Schritt vorwärts zu treiben.“

Wir brauchen dieser, für den Liberalismus ungemein lehrreichen Auslassung einen Kommentar nicht beizufügen. Eine in das Gebiet der Komit fallende Leistung aber wollen wir noch erwähnen. Sie besteht in einer weiteren Bemerkung, die der „Vorwärts“ an die, die Kommissionsberatung ablehnende Haltung der Konservativen knüpft: „Für die Ablehnung erhob sich der gesamte Reichstag, nur die Konservativen blieben sitzen. Die Partei, die gewohnt ist, daß ihr Wille für dieses schwache Haus Gesetz ist, blieb vollständig isoliert. Ob aber diese Isolierung wenigstens in dieser wichtigsten Lebensfrage des deutschen Volkes eine dauernde bleiben wird, ob den Feinden des Reichstages gezeigt werden wird, daß ihr Wille ohnmächtig ist gegenüber dem Entschluß, die Rechte der Volksvertretung zu erweitern, das ist eine Frage, die man noch lange nicht bejahen kann.“ Den Trost, die Konservativen, „isoliert“ zu sehen, gönnen wir den Sozialdemokraten ebenso bereitwillig, wie wir den übrigen Parteien die Genuß-

nung gönnen, in Gesellschaft mit den Sozialdemokraten an der Lösung der „wichtigsten Lebensfrage des deutschen Volkes“ beteiligt zu sein.

Deutsches Reich.

Der Bundesrat nahm in der Plenarsitzung am Donnerstag die Vorlage betr. die Zulassung von Versicherungsgesellschaften in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen an. Ferner wurde über mehrere Eingaben Beschluß gefaßt.

Erhöhung des russischen Zuckerkontingents. Wie die „Magdeb. Ztg.“ mitteilt, werden Frankreich und England die Forderung Rußlands auf Erhöhung des Zuckerkontingents unterstützen. Wie das Blatt weiter meldet, soll Rußland für den Fall, daß seine Forderung abgelehnt werde, den Austritt aus der Brüsseler Konvention vorschlagen wollen.

Die Lage auf Bonape. Die Lage auf Bonape ist, wie die „Nord. Allgem. Ztg.“ schreibt, nach einem von S. M. S. „Jaguar“ in Berlin eingegangenen Telegramm zurzeit ruhig. Die Eingeborenen sind in ein evangelisches und ein katholisches Lager gespalten. Beide Parteien befechten sich allerdings noch und intrigieren gegeneinander, allein die Feindseligkeiten sind nicht erheblich. Die Regierung verfügt über hinreichende Machtmittel, um sich von den Eingeborenen-Parteien unabhängig zu halten und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit auf Bonape zu gewährleisten. An farbigen melanesischen Polizeioffizieren befinden sich zurzeit 100 Mann auf Bonape; weitere Mann Verstärkung sollen nachgesandt werden. Die Zahl der weisensfähigen Eingeborenen wird auf insgesamt etwa 800 Mann angegeben; dieselben sind teilweise mit Gewehren bewaffnet. Die Anwesenheit eines Kriegsschiffes vor Bonape wird noch für einige Monate nötig sein.

Zur Brauntweinfeuertvorlage. Der Vereinsauschuß der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Der Vereinsauschuß der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg erklart in der Vorlage eines Brauntweimonopols eine schwere Gefährdung der landwirtschaftlichen Interessen des Ostens: 1. durch den vermutlichen Rückgang des Absatzes von Trinkbrauntwein und seine Rückwirkung auf den Kartoffelbau, da der Verbrauch sich bei einer Mehrbelastung von 100 Millionen M wesentlich einschränken wird und muß; 2. durch die vielen und großen Begünstigungen der kleinen Brennereien der süddeutschen und der gewerblichen Betriebe. Er erwartet von den Vertretern der Interessen der Landwirtschaft, daß sie das Gesetz ablehnen, wenn diese Nachteile nicht beseitigt werden.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Das Verbot der Grundsteinlegung zu dem neuen deutschen Universitätsgebäude in Prag und des Jarbentragens der Studenten hat in den deutschen Kreisen Oesterreichs eine lebhafte Erregung hervorgerufen. Der akademische Senat der Prager deutschen Universität hat an das Kultus- und Unterrichtsministerium einen Bericht gefaßt, in dem er nach eingehender Schilderung der Vorgänge in Prag seit dem 18. Oktober zu folgendem Schlusse gelangt: Der akademische Senat sieht sich genötigt, die Verantwortung für eine absehbare Leitung der Angelegenheiten der Universität abzulehnen und hält sich für verpflichtet, gegen diese Vorgänge in der nachdrücklichsten Weise Protest zu erheben. Die Mitglieder des akademischen Senats der k. k. deutschen Karl-Ferdinand-Universität in Prag haben daher in der Sitzung vom 3. Dezember 1908 beschloffen, ihre Stellen im akademischen Senat niederzulegen.

England. Die am Freitag von Sir Edward Grey eröffnete internationale Marinekonferenz wird vom „Standard“ grundsätzlich auf das festliche in einem Vorkatell bekämpft, der um so bemerkenswerter ist, als er die Auffassung sehr einflussreicher, englischer Marinekreise widerspiegelt. Das konservative Blatt schreibt: „Der Verhandlungsgegenstand dieser auf die Einladung einer englischen Regierung zusammengetretenen Konferenz bilden Vorschläge, welche die britische Seeherrschaft in ihren Grundfesten bedrohen. Die von Deutschland und England auf der Haager Konferenz ausgegangene Anregung zur Einsetzung eines internationalen Ozeanrichters, die dann zu einer entsprechenden Konvention geführt hat, sah auf den ersten Blick harmlos genug aus. In Wirklichkeit umschließt sie die mutwillige Preisgabe bestehender englischer Rechte. Man versteht den Grundgedanken des Vorschlags überhaupt erst richtig, wenn man bedenkt, daß er von derselben englischen Regierung ausging, die im Haag die Abschaffung der Kontorbande beantragte. Die Annahme dieses erkauflichen Antrages würde die englische Seeherrschaft auf einen Schlag vernichtet haben. Die Neutralen wären unverletzlich geworden, und die beiden sichersten